

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.03.2026

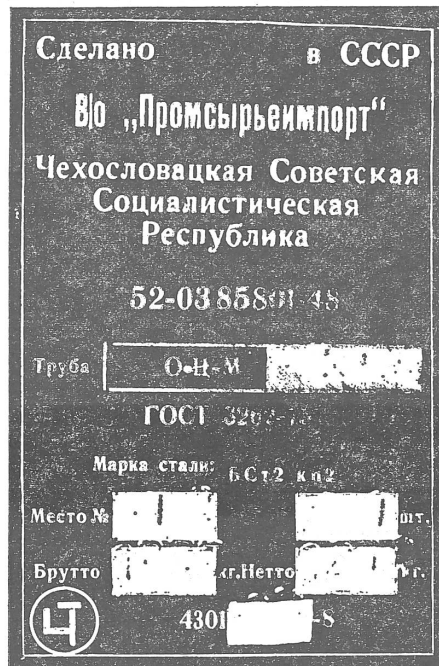
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was führte dieses Schild im Schilde?

Die neue Sowjetrepublik:

Die Tschechoslowakei

Die exilsowjetische Monatszeitschrift «Ceske Slovo» in München hat in ihrer Nr. 1/1980 ein ebenso «unverzeihliches» wie begreifliches Beispiel sowjetischer Gedankenlosigkeit reproduziert.



Es handelt sich um ein Metallschild, das eine Sendung sowjetischer Rohre nach der mährischen Hauptstadt Brno (Brünn) begleitete. Und auf diesem Schild ist das Bestimmungsland in aller Schlichtheit so umschrieben:

Tschechoslowakaja Sowjetskaja Sozialistitscheskaja Respublika,
d. h.

Tschechoslowakische Sowjetische Sozialistische Republik oder Sozialistische Sowjetrepublik Tschechoslowakei.

Das unauffällig sensationelle Schild ist in der Folge aus der «Tschechoslowakischen SSR» herausgeschmuggelt worden. Der Uebersender kommentierte die Inschrift mit harten Fragen: «Ignoranz? Ein blosser Fehler? Oder stehen die Produzenten in der UdSSR schon unter dem Eindruck, die Tschechoslowakei sei ein untrennbarer Teil des sowjetischen Kolonialreiches?»

Nun ja, man darf vermuten, dass alles zusammen ein bisschen mitgespielt hat, damit der historische Lapsus in aller Arglosigkeit zustandekam. Hoffentlich ist man in der Sowjetunion mit dem verantwortlichen Expeditionsangestellten nicht zu hart umgesprungen. Schliesslich hat er mit seiner Gedankenlosigkeit die speziellen Souveränitätsverhältnisse im sozialistischen Lager ja nicht geschaffen, sondern nur beim verbotenen Namen genannt. ■



Im mordwinischen KZ-Komplex: Wachturm vom Lager 16.

Das Dokument

«Lasst sie nur siegen!»

Lasst doch die Kommunisten weltweit siegen! Dann werdet ihr erfahren, was ihr uns nicht glauben wollt.

Diese bittere Aufforderung an den Westen stammt von den zwei sowjetischen Polithäftlingen Nisamatdin Achmetow und Wladimir Michalenko, die ihre Gesinnungsdelikte im Gebiet Krassnojarsk in einem Straflager verbüssen.

Sie haben im Oktober 1978 einen Aufruf verfasst und ihn als Kassiber in einer Holzladung versteckt. Das Holz wurde nach der BRD exportiert, war ein Jahr lang unterwegs und kam schliesslich in der Palettenfabrik von Homberg-Ohm an. Dort ist der Brief von einem Arbeiter gefunden worden. Wir bringen einige Stellen daraus (Erstveröffentlichung «Wetzlarer Neue Zeitung», 12. 12. 79).

Wir haben nichts Besonderes getan und keinerlei Heldentat vollbracht. Wir haben keine Revolution im Lande bewirkt, und das Volk kennt unsere Namen nicht. Wir haben nur für unser eigenes Leben die Wahl getroffen, den Kampf

gegen Ungerechtigkeit und Lüge aufzunehmen. (...) Wir sind aufgestanden gegen die Unterdrückung des Menschen, gegen die Rechtlosigkeit und gegen die Verwandlung der Menschen in arbeitende und schiessende Roboter. (...)

Wir leben in einem Land, das wir unsere Heimat nennen und lieben. Aber wir hassen das, was aus diesem Land unter der Herrschaft der faschistoiden Kamarilla des Zentralkomitees der Partei geworden ist.

Unser Volk ist ganz und gar rechtlos und arm, unsere Gefängnisse sind sehr gross und hart, unsere Armee ist die mächtigste und aggressivste, unsere Regierung ist überaus grausam und tückisch, und die Politik unseres Landes stellt die grösste Bedrohung für die ganze Welt dar.

Ihr glaubt das nicht? Dann klatscht den Kommunisten Beifall! Lächelt den sowjetischen Raketen zu, die auf eure Wohnung gerichtet sind!

Lasst die Kommunisten doch siegen! Lasst die Rote Fahne über Bonn, Paris, London und Washington wehen! Mag unser ganzer Planet zur kommunistischen Welt werden! Dann, und erst dann, wird jedermann erkennen, was der Sowjetkommunismus ist. Und dann erst wird auch der Kommunismus am Anfang von seinem Ende sein. Und die ganze Welt wird gegen die rote Epidemie immun werden und genesen. Aber wir warnen: Es wird nur noch die Hälfte der Weltbevölkerung übrigbleiben, vielleicht auch weniger.

Natürlich wollt ihr dieses Opfer nicht bringen, dieses Rezept nicht anwenden. Auch wir sind dagegen. Aber wir wollen nicht gleichgültig zusehen, wie die freie Welt ihre Positionen dem Kommunismus gegenüber Schritt für Schritt aufgibt. (...) ■

Wallfahrer werden untergeführt

Anlass zu einer neuen Konfrontation zwischen Kirche und Staat in Polen ist eine Verkehrssanierung geworden, allerdings eine sehr spezielle und sehr gezielte. Denn ihre Wirkung wird darin bestehen, die traditionellen Pilgerströme zur «schwarzen Madonna» von Czestochowa (Tscheschowa) auf ein Rinnsal zu reduzieren.

Um die behördliche «Verkehrsregulierung» voll zu würdigen, muss man die Ausgangslage kennen. Das polnische Nationalheiligtum, Wallfahrtszentrum für jeweils Zehntausende bis Hunderttausende, befindet sich ausserhalb der Stadt Czestochowa im Kloster Jasna Gora. Und der Pilgerweg geht von der Stadt zum Kloster und zurück.

Nun baut man zwischen Stadt und Kloster eine Autostrasse, die den Pilgerweg durchschneidet, und als «Ersatz» bringt man eine Unterführung an, einen Engpass, der sich für die Massenprozessionen als völlig unzureichend erweist.

Wie wenig die urbanistischen Motive gemeint sind, die man als Begründung vorgibt, zeigt sich auch im Bruch mit der seinerzeitigen Gesamtplanung. Ursprünglich hatte man eine Strassenführung stadtauswärts vom Kloster vorgesehen, aber im Sommer 1979 beschloss man plötzlich die neue Variante und begann anschliessend mit der Planierungsarbeit, wobei die kirchlichen Stellen regelrecht überrumpelt wurden. Der Bau auf dieser Strecke wurde so vordringlich, dass man dabei anscheinend sogar die landeseigene Gesetz-

gebung über Umwelt- und Denkmalschutz völlig vergass: unter anderem liegen alte Klostergebäude, die dem staatlichen Schutz des Kulturministeriums unterstellt sind, im Vibrationsbereich des künftigen Verkehrs.

Die Unterführung selbst, welche die Beibehaltung des Wallfahrtsweges «gewährleisten» soll, präsentiert sich als 10 Meter breite Ladenstrasse: eine Passage mit beschränktem Fassungsvermögen und eine zusätzliche Erschwerung für Invalide und Kranke.

Seit letzten Sommer haben kirchliche Stellen ihre Einsprachen gegen diese «lokale» Verkehrssanierung erhoben, die sicherlich von Warschau angeordnet und möglicherweise von Moskau inspiriert wurde. Nachdem alle Verhandlungen nichts gezeichnet haben, ist die Kirche jetzt zum landesweiten Protest gegen die Fortführung der Bauarbeiten geschritten. Im Dezember und Januar erfolgten Hirtenbriefe und öffentliche Aufrufe zu dieser Sache, und die Gläubigen ihrerseits suchen Druck von unten her auszuüben.

1982 begeht man ein Jubiläum. Das Bild der Madonna von Czestochowa wird dann seit 600 Jahren im Kloster von Jasna Gora sein. Der Staat wünscht offenbar keine kirchlichen Massenkundgebungen mehr. Aber dabei scheint er es offenbar auf einen Massenprotest der Bevölkerung und auf eine neue Verhärtung der Fronten im Verhältnis von Staat und Kirche ankommen zu lassen.

ZEITBILD

 erscheint alle
zwei Wochen

ZeitBild

 Redaktion – Administration – Anzeigen-
verwaltung

 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

 Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +
Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

 Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

 Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-,
DM 1,50)

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

 Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,
Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero,
Dr. Chien-jen Chen,

Korrespondenten

 Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis
(Bern), Georg Bruderer (Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

 Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigenentwurf

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 7

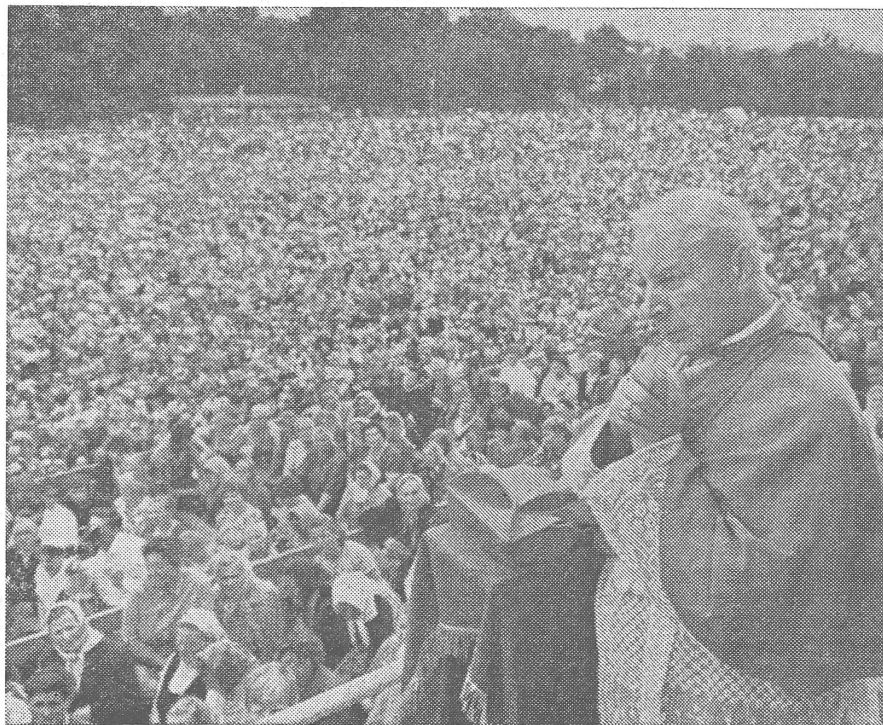
Druck und Versand

 Verbandsdruckerei AG Bern
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

 Forschung und Information über internationale
Entwicklungen

SOI-Informationsträger

 Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
Informationsdienst (Übersicht über die
Presse kommunistischer Staaten)
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung
Osteuropas)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse – Informations –
Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung
Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und
Meinungen)


Künftig durch eine schmale Unterführung schleusen? Pilgerscharen an der Wallfahrtsstätte der schwarzen Madonna von Czestochowa.

Sacharow

(Fortsetzung von Seite 9)

die auf sowjetische Physiker zurückzuführen sind.» Und der Erfinder dieser Sache ist (neben einem I. E. Tamm) niemand anders als Sacharow (Grosse Sowjetenzyklopädie, 3. Ausgabe, 1977), und man rühmt ihn auch heute noch dafür, wenn auch ohne Namensnennung.

Aber diese seltsame Art von Kontinuität erklärt nicht alles. Es ist ein gewisses Aufsehen wert, dass Sacharow seinen Titel als Mitglied der Akademie der Wissenschaften nicht verloren hat. Und das hat etwas mit dem Widerstreben der Akademiker zu tun.

Freilich ist es so, dass die Akademie ihre Mitglieder auf Lebenszeit wählt, und man hat diese Regel bisher immer respektiert, sogar im Falle von Opfern stalinistischer Säuberungen. Soweit also wäre der Fall entgegen dem ersten Anschein immer noch normal.

Aber Breschnew hat den Versuch unternommen, das Versäumnis Stalins zu korrigieren. Vor zwei Jahren wurde der Akademie die statutarische Bestimmung gegeben, wonach ein Mitglied seinen Titel verliert, wenn er ausgebürgert wird. Das konnte sich vorsorglich auf Sacharow beziehen oder auch auf ausreisewillige Juden. Doch gab es zusätzlich eine gezielte Sondierung bezüglich Sacharows, und diese verlief nicht wunschgemäß.

Vor zwei Jahren — so lautet die Information aus «wissenschaftlichen Kreisen» in Moskau — führte man bei einem Grossteil der Akademiemitglieder eine inoffizielle Umfrage durch, bei der u. a. um eine Bewertung der politischen Tätigkeit des Akademiemitglieds Sacharow gebeten wurde. Das Ergebnis war für die Veranstalter alarmierend. 70 Prozent der Befragten verweigerten eine Ant-

wort zu diesem Punkt, und von den übrigen fand die Hälfte an der politischen Tätigkeit Sacharows nichts zu beanstanden.

Jetzt freilich ist man um zwei schlechte Jahre vorangekommen, und die Kräfte der «heimlichen Protektion» haben abgenommen. Es ist an den Bürgerrechtlern, alarmiert zu sein.

Nicht nur in der UdSSR. Auch in Osteuropa geht man seit letzten Herbst mit erneuter Härte gegen Dissidente vor, und diese verstehen die Verbanung Sacharows als Ankündigung einer schweren Zukunft. In der Tschechoslowakei hat Zdena Toimova, eine Sprecherin der Charta 77, ihre Sorge für die Charta und für das VONS (Komitee zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten) geäußert. In Polen hat KOR (das Komitee für Arbeiterselbstverteidigung bzw. für soziale Selbstverteidigung) zum internationalen Protest aufgerufen. Sacharow war ein Promoter der internationalen Koordination von Dissidentenbewegungen gewesen, vorrangig im Dreieck UdSSR—Polen—Tschechoslowakei. Sein «Memorandum» vom Juni 1968 hatte sich stark am damaligen «Prager Frühling» inspiriert, und nach der Invasion hatte er zur Entwicklung einer Solidaritätsbewegung in der Sowjetunion beigetragen. Im Januar 1979 hatte sich Sacharow mit polnischen KOR-Vertretern getroffen, und im Herbst des letzten Jahres hatten Mitglieder von KOR und Charta 77 einen Aufruf von Sacharow mitunterzeichnet, die Menschenrechtsbewegung in den drei Ländern zu vereinigen.

Sacharow hatte zu den Leuten gehört, die mit den Behörden reden wollten. Aber diese wollen nicht mit sich reden lassen, und so wird die schliessliche Lösung eine andere sein müssen. cb

In Kürze

In der DDR wussten die Behörden bisher nicht so recht, was sie gegen den stark aufkommenden Geschmack der Jugend am Discobesuch unternehmen sollten. Aber jetzt haben sie vielleicht die richtige Methode gefunden. Laut «Junge Generation» (Ostberlin, Nr. 1/1980) will der staatliche Jugendverband dafür sorgen, dass die wehrpolitische Erziehung auch in Discoveanstaltungen ihren Einzug hält.

*

«Der gegenwärtige Stand unserer Militärschulen und die systematischen Anstrengungen zu ihrer weiteren Vervollkommen beweisen die Sorge der Partei für eine dauerhafte Gewährleistung des friedlichen Lebens in Polen.» Das ein Zitat aus der Warschauer «Trybuna Ludu» (21.11.1979) über den Ausbau der militärischen Hoch- und Mittelschulen.

*

Der Pariser «Figaro» erinnert daran, was er vor 40 Jahren publiziert. Der Parlamentsbericht vom 5. 1. 1940 vermerkte in seiner Schlagzeile die Weigerung der kommunistischen Abgeordneten, sich zu Ehren der Soldaten zu erheben, die im Kampf gegen Hitlers Armeen standen. Damals bestand das deutsch-sowjetische Bündnis, und die KPF machte da mit. Das Thema ihrer Kollaborantenrolle ist in der Öffentlichkeit seit Kriegsende

praktisch tabu, aber es ist nie zu spät, mit der Bewältigung der Vergangenheit anzufangen.

*

Wenigstens in den USA hat das westliche Umdenken unter der Bevölkerung eingesetzt. Eine Umfrage ergab eine in ihrem Ausmass nicht erwartete Unterstützung für die verschiedenen Massnahmen Carters gegen die Sowjetunion. Bei einem kleinen Prozentsatz an «Weiss-nicht»-Antworten ergaben sich durchwegs klare Mehrheiten. Olympia-Boykott: 67% dafür, 24% dagegen; Erhöhung des Verteidigungsbudgets: 78% dafür, 15% dagegen; Beschränkung der Getreidelieferungen: 86% dafür, 10% dagegen; Beschränkung des Technologieexports: 88% dafür, 8% dagegen.

*

Letztes Jahr hatten wir in Nr. 5/1979 als ungewöhnliches Samisdat-Dokument in vollem Umfang einen «Harten Brief vom Enkel aus dem KZ» vorgelegt. Ein junger Mann warf seinem gutmeinenden Grossvater, Historiker und Rektor der Universität Kiew, seine allzu grosse Anpassung vor. Heute gilt, wie soeben zu erfahren ist, der Vorwurf nicht mehr. Diesen Winter ist der inzwischen emeritierte Professor, Michailo Martchenko, auf polizeiliches Betreiben von «un-erkannten» Rowdies auf der Strasse zusammengeschlagen worden. Weil er zu seiner Tochter hält, die unter die Dissidenten gegangen ist. Ihr Mann, der Bürgerrechtler Mykola Horbal, ist im Januar vor Gericht gestellt worden.

à propos Mensch

Es ist ja nicht das erstmal, dass Big Brother seine Presse zum Schimpfen aufbietet, weil ein Wissenschaftler nachdenkt und seine Gedanken — über Fortschritt, friedliche Koexistenz und intellektuelle Freiheit z. B. — auch äussert: «Wir hoffen, der Gesellschaft nützlich zu sein, und erstreben den Dialog mit der Führung, eine offene, publike Erörterung der Menschenrechtsprobleme» (1971).

Seit 1958 tritt Sacharow für Nuklearabrüstung ein, aber eine «unverzeihliche Verhöhnung des Begriffes „Friedenskampf“ nennt die *Literaturnaja gaseta* (LG, 30. 1. 1980) die Verleihung des Friedensnobelpreises 1975 an ihn. Ich habe nicht gezählt, wie oft «Verleumdung» und «Aufwiegelung» im repetitiven Schmähartikel stehen.

«Durch sein offenes Uebergehen ins Lager der Spannungsfeinde und Kriegshetzer hat sich Sacharow selbst dazu verurteilt, aus unsrer Hauptstadt ausgesiedelt zu werden. Es geht hier nicht um das Recht auf Andersdenken, das er über zehn Jahre lang missbraucht hat, sondern darum, dass er seinen Mitbürgern direkten moralischen und politischen Schaden zugefügt hat», nämlich indem er «unverhohlen unsere ideologischen und politischen Gegner gegen unser System aufgewiegelt hat.» «Verleumdung ist strafbar» — das schrieb am 26. 1. anderswo auch TASS-Beobachter Chabarow:

«... strafbar. Aber bei uns wurde aus humanen Ueberlegungen und unter Berücksichtigung der früheren Verdienste Sacharows beschlossen, ihn nicht gerichtlich zu verfolgen, sondern ihm die Auszeichnungen und Laureaten-Ehrentitel zu entziehen und ihn auf administrativem Weg aus der Stadt Moskau auszusiedeln.» Und überhaupt, Gorkij ist «eine der schönsten Städte Russlands, ein gewaltiges Industrie-, Kultur- und Wissenschaftszentrum», was klagt man im Westen bloss? «Klar ist, dass die „Gönner“ nicht von Mitleid für Sacharow bewegt werden. Sie sind verärgert darüber, dass sie künftig nicht mehr auf ihn als Quelle verleumderischer „Informationen“ ... Bezug nehmen können.»

Denn jetzt ist Schluss! «Haben Sie wirklich im Ernst damit gerechnet, der Sowjetstaat werde endlos lange zuschauen, wie man frech nicht nur seine Beherrschung missbraucht, sondern auch die Geduld der Sowjetmenschen ...?»

1973 sagte Sacharow auf Schimpfen und Drohen:

«Die Kampagne in den Zeitungen, zu der Hunderte von Leuten beigezogen werden, darunter viele aufrichtige und gescheite, betrübt mich sehr, ist sie doch ein weiteres Beispiel der grausamen Vergewaltigung des Gewissens in unserem Lande, einer Vergewaltigung, die auf der unbegrenzten materiellen und ideologischen Macht des Staates beruht. Ich bin der Meinung, dass nicht meine Aussagen, sondern eben diese unvernünftige und hinsichtlich der Ausführungen grausame Zeitungskampagne der internationalen Entspannung Schaden zufügen kann.»

Kein Dialog zwischen dem Menschen Sacharow und Big Brother. Big Brother hat die Macht. HTD